

Christoph Schuck

Der Bürgerkrieg in Aceh

Konsequenzen für den Weg Indonesiens zur Demokratie

1. Vorbetrachtungen

Der renommierte Demokratieforscher Giovanni Sartori erklärte vor einiger Zeit, der Demokratiebegriff könne nicht über seine wörtliche Übersetzung [Volksherrschaft] definiert werden, da „Tatsachen und Namen schlecht zusammenpassen“¹. Im Fall einer Exklusion von „Herrschaft“ bei parallelem Verbleiben der Silbe „Volk“ verdeutlicht jedoch bereits die Zugrundelegung der wörtlichen Übersetzung, dass die Menschen bzw. die Bevölkerung eines Landes zentrale Aufmerksamkeit erlangen müssen, wenn von Demokratie gesprochen wird.

Indonesien als viertgrößter Staat der Welt stellt in diesem Zusammenhang keine Ausnahme dar; dies um so weniger, als in den letzten Jahren indonesische Politiker unabhängig von der Parteizugehörigkeit nicht ohne Stolz auf die Fortschritte der Demokratisierung verwiesen und zum Teil sogar unterstrichen, bei ihrem Land handle es sich bereits um eine Demokratie. Unbestreitbar orientiert sich eine solche qualitative Kategorisierung des Demokratiebegriffs an den normativ zugrunde gelegten Konzeptionen. Wenn jedoch ein etwas anspruchsvollerer Maßstab Anwendung findet, der über die isolierte Existenz von demokratischen Wahlen hinausreicht und die Bevölkerung des Landes verstärkt in den Mittelpunkt der Betrachtungen rückt, müssen auch Fragen diskutiert werden, die sich auf die Anwendung rechtsstaatlicher Methoden durch die Staatsorgane, die Rolle des Militärs und – wenn die politische um eine gesellschaftliche Dimension erweitert wird – die soziale Komponente von Demokratie beziehen. Die Notwendigkeit zur Analyse dieser drei Punkte verdeutlicht sich im indonesischen Fallbeispiel besonders intensiv im Hinblick auf die seit Mitte 2003 in Aceh durchgeführte Militäroffensive oder den, wie es Jochen Buchsteiner aufgrund der bisher unzureichenden öffentlichen Berücksichtigung ausdrückt, „fast vergessenen Krieg“². Denn dort – kaum überraschend – sind es vor allem Zivilisten, die unter den kriegerischen Auseinandersetzungen leiden.³ Zu einem Zeitpunkt, in dem

¹ Sartori, G. 1992: *Demokratietheorie*; Darmstadt, S. 15.

² Buchsteiner, J. 2003: *Der fast vergessene Krieg*; in: FAZ 8.9.03, S. 8.

³ Es muss davon ausgegangen werden, dass in den vergangenen Jahrzehnten über 10.000 Zivilisten durch die militanten Auseinandersetzungen in Aceh ums Leben kamen.

sich stärker als je zuvor die Frage nach der Existenz „gerechter Kriege“ stellt, scheint diese Thematik gerade auch auf innerstaatliche Auseinandersetzungen in Indonesien transferiert werden zu können; hatte die Regierung unter Megawati doch jüngst Legitimation für den Einsatz von Waffengewalt in Aceh dadurch zu erreichen versucht, dass die Alternativlosigkeit zur Verhängung des Kriegsrechtes für die Unruheregion und die damit einhergehende Offensive hervorgehoben wurde.

In Anbetracht der Fragilität des indonesischen Demokratieversuchs scheint es lohnend zu eruieren, wie Akteure dieses hybriden Staatssystems (Christoph Schuck) reagieren, wenn territoriale, d.h. einheitsstaatliche Gefährdungen auftreten. Auch im indonesischen Fall gilt, dass insbesondere in Krisensituationen erkennbar wird, ob und zu welchem Grad politische Staatssysteme bzw. deren Repräsentanten in der Lage oder Willens sind, in einem rechtsstaatlichen Kontext verantwortungsvoll aufzutreten. Dann wird auch deutlich, wie stabil eine Demokratie ist und ob demokratische Grundsätze in kritischen Situationen vermeintlichen Notwendigkeiten weichen müssen.

2. Historisch geprägtes Problemfeld

Aceh – die nördlichste Provinz der Insel Sumatra – als Unruheherd Indonesiens ist kein reines Erscheinungsmerkmal des Demokratisierungsprozesses, sondern ein Problemfeld mit stark historisch geprägter Struktur. Zum einen stellt Aceh ein Beispiel für die in einzelnen Gebieten seit Jahrzehnten andauernden Konkurrenzkämpfe zwischen indonesischen Nationalisten⁴ und Islamisten⁵ dar. Zum anderen wird jedoch bei genauerer Betrachtung deutlich, dass darüber hinaus ökonomische und soziale Versäumnisse aller bisherigen indonesischen Regierungen dazu beitragen, das Konfliktpotenzial in diesem Ausmaß zu entfachen. Beide Komponenten bedürfen einiger geschichtlich orientierter Überlegungen.

⁴ Wenn im indonesischen Kontext von „Nationalismus“ die Rede ist, darf dies nicht mit der in westlichen Staaten zu Recht negativ behafteten Begriffsverwendung gleich gesetzt werden. „Nationalistisch“ bedeutet im indonesischen Sinn das Streben nach einem Einheitsstaat, der sämtliche Teile der heterogenen Bevölkerungs- und Kulturgruppen gleichermaßen in sich beherbergt. Der ehemalige indonesische Präsident Sukarno und Vordenker der nationalistischen Strömung bemerkte in diesem Zusammenhang nach der Erlangung der indonesischen Unabhängigkeit im Jahr 1945: *„We love our country, we feel ourselves one nation, we have one language. But our country, Indonesia, is only just a small part of the world. Please remember this!“* (Sukarno 1945, in: Feith, Castles 1970: Indonesian Political Thinking 1945–1965; New York; p. 44).

⁵ Wenn von „Islamisten“ die Rede ist, sind damit solche Muslime gemeint, die ihrer Religion eine absolut dominierende Stellung innerhalb des politischen Systems einräumen bzw. einräumen wollen; dazu zählt z.B. auch die verbindliche Zugrundelegung der Sharia.

2.1. Nationalismus versus Islamismus

Nach der Unabhängigkeit Indonesiens im Jahre 1945 wurde kontrovers debattiert, welche Merkmale der neue Staat und die Verfassung haben müssten. Im Wesentlichen standen zwei Optionen zur Verfügung: eine „religionsneutrale“ Variante, die primär das Ziel verfolgte, die kulturell und religiös divers geprägten Gruppen in einem indonesischen Staat unter dem Leitmotiv *Bhinneka Tunggal Ika*⁶ zusammenzufassen, und eine „religionsfokussierte“ Variante, in deren Rahmen ein islamischer Staat entstehen sollte. Nachdem sich die Nationalisten um Sukarno und Hatta – also die tendenziell säkularisierte Gruppe – im letzten Augenblick und entgegen einem bereits vereinbarten Kompromissvorschlag durchsetzen konnten, indem sie das Ansinnen der Anhänger einer islamischen Staatskonzeption zurückwiesen, die sog. „sieben Wörter“ in der indonesischen Verfassung zu verankern⁷, schien zunächst die theokratische Option ad acta gelegt worden zu sein. Doch bereits Ende der 1940er Jahre formierte sich der Widerstand islamischer Gruppierungen in einer Intensität, die zu einer alternativen Staatsgründung führte, zum „Negara Islam Indonesia“ (Islamischer Staat Indonesien), der am 7. August 1949 in Westjava ausgerufen wurde. Diesem „Rebellenstaat“ gehörte ab 1953 auch der „Islamische Staat Aceh“ als ein Teilgebiet an.⁸

Nach der Machtübernahme Suhartos im Jahre 1966 stabilisierte sich die noch unter Sukarno zu beobachtende territoriale Fragilität, d.h. abtrünnige Regionen wurden durch massiven Militäreinsatz zum Verbleib im indonesischen Staat gezwungen und islamisch-fundamentalistische Gruppen zunehmend unterdrückt.⁹ Zwar konnten auch unter Suhartos *Orde Baru* zahlreiche – z.T. gewaltsame –

⁶ Indonesische Bezeichnung für „Einheit in der Vielfalt“.

⁷ „... *Dengan kewajiban menjalankan syariat Islam bagi pemeluk-pemeluknya*“; freie Übersetzung durch den Autor: „... mit der Verpflichtung für die Anhänger des Islam die *Sharia* zu befolgen“. Diese Wörter sollten in der Präambel der Verfassung im Rahmen der Pancasila-Philosophie dem Religionsgebot ergänzt werden. Dieses Konzept wurde und wird verbreitet als „Jakarta-Charta“ bezeichnet.

⁸ Bezüglich der geschichtlichen Entwicklung kann in der Region Aceh bereits über Jahrhunderte der überdurchschnittlich starke Einfluss des Islam beobachtet werden. So wurde Aceh z.B. wesentlich früher (ab dem 13. Jhd.) als andere Gebiete Indonesiens (Java, ab dem 15. Jhd., Kalimantan, ab dem 16. Jhd.) durch Händler des Mittleren Ostens islamisch geprägt.

⁹ Griff Suharto in den ersten Jahren seiner Herrschaft noch auf die Unterstützung radikal-islamischer Gruppen zurück, um Indonesien von Kommunisten und Sympathisanten Sukarnos zu „befreien“ (im Rahmen dessen wurden 500.000 bis eine Million Menschen systematisch ermordet), empfand er stark islamisch fokussierte Gruppierungen fortan als Bedrohung seiner Machtposition und ließ sie durch das Militär und die Sicherheitskräfte unterdrücken. Erst Mitte der 1980er Jahre lockerte Suharto seine Einstellung in einem gewissen Grad, da er neue Unterstützungsgruppen für seinen Herrschaftsapparat suchte.

Unmutsbekundungen in Aceh beobachtet werden (vor allem in den 1970er und 1990er Jahren), ein für den Einheitsstaat gefährdendes Potenzial hatten sie jedoch kaum.

Dieser über mehr als 32 Jahre unterdrückte Wille einiger Acehnesen nach mehr – mitunter sogar nach vollständiger – Unabhängigkeit von der Regierung in Jakarta entlud sich im Rahmen der mit dem Demokratisierungsprozess einhergehenden Liberalisierung seit 1998. Die allgegenwärtige Staatsmacht in Form der „Verwaltungsmaschinerie“ Golkar, des Militärs und der Geheimdienste war von diesem Zeitpunkt an gebrochen, in das neu entstandene Machtvakuum stießen zunehmend militant-islamische Aktivisten, die nun das nachholen wollten, was ihnen über Jahrzehnte gewaltsam vorenthalten wurde. Eine seit 1945 offene Rechnung, so die mitunter zu beobachtende Auffassung, konnte nun beglichen werden, indem Aceh von Jakarta endgültig unabhängig werden sollte. Die damit verbundene Perspektive liegt im Aufbau eines eigenständigen islamischen Staates im Norden Sumatras.

2.2. Die Problematik der Vernachlässigung der Regionen

„*The main problem in Indonesia*“, bemerkt Tabrani Rab, „*is ... [that] during the long history of the Republic, the central government has never wanted to share its authority as well as any fortune [with the regions]*“.¹⁰ Die ursächlichen Leitmotive für die seit der Unabhängigkeit Indonesiens zu beobachtende Vernachlässigung der Regionen scheinen dabei einer multikausalen Begründung zu bedürfen. Im Wesentlichen gilt es, auf folgende zwei Punkte zu verweisen:

Erstens wird indonesische Politik – dies wird sowohl in einer historischen Betrachtung als auch während des gegenwärtigen Demokratisierungsprozesses deutlich¹¹ – durch die javanische Philosophie maßgeblich geprägt, in deren Rahmen (territoriale) Einheit und Machtkonzentration als erstrebenswert und als ein Zeichen von Stärke definiert werden: Benedict Anderson, der sich detailliert mit dieser Thematik auseinandergesetzt hat, unterstreicht die Auswirkungen javanischer Denkweisen auf die nationalistische Strömung, die die Einschätzung übernommen hätte, „... *that oneness is power and multiplicity is ... weakness*“.¹² An anderer Stelle bemerkt Anderson, „*many Javanese still find it extraordinary difficult to accept fully the idea of Indonesia's being composed of a cluster of*

¹⁰ Rab, T. 2002: Independence, Autonomy or Federal state. Voice of local people; in: Bhakti, I; Gayatri, I. 2002: Unitary State vs. Federal State. Searching for an Ideal Form of the Future Indonesian State; Bandung, p. 150.

¹¹ Vgl. dazu auch: Schuck, C. 2003: Der indonesische Demokratisierungsprozess. Politischer Neubeginn und historische Kontinuität; Baden-Baden.

¹² Anderson, B. 1990: Language and Power. Exploring political Cultures in Indonesia; Ithaca + London; p. 36f.

equal, interacting islands“.¹³ Eine solche Einstellung führt zwangsläufig zur Asymmetrie zwischen Zentrum (Java) und Regionen; in deren Rahmen wurde von den Regierungen in Jakarta weit mehr Wert auf „Kontrolle“ als auf „Partizipationschancen“ der übrigen Inseln gelegt. Diese über Jahrzehnte und bis in die Gegenwart zu beobachtende Strategie indonesischer Präsidenten führte und führt zu besonders nachhaltigen Autonomiebestrebungen vieler Regionen außerhalb Javas.

Zweitens resultierten aus dem oben beschriebenen und seit der Unabhängigkeit praktizierten Konzept indonesischer Regierungen neben politischen auch ökonomische und somit materielle Benachteiligungen für die Regionen außerhalb Javas. Dies gilt in erster Linie für die Gebiete Indonesiens, die über eine hohe Anzahl an Rohstoffen verfügen (z.B. West-Papua oder Aceh). Diese werden de facto bis in die Gegenwart von der Zentralregierung in Jakarta (bzw. von ausländischen Firmen) umfassend verwaltet und kontrolliert, ohne dass angemessene Gegenleistungen – z.B. in Form einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, dem Bau von Schulen, sozialen Einrichtungen etc. – in die Regionen zurück transferiert werden.

Wenn Demokratiedefinitionen einen stärkeren normativen Anspruch verfolgen, indem ein gewisses Maß an sozialer Verantwortung des Staates gegenüber den Menschen Berücksichtigung findet, sind im indonesischen Fall im Verhältnis vom Zentrum zur Peripherie strukturelle Defizite auszumachen, die in der Phase der Demokratisierung starke Kontinuitäten der über Jahrzehnte andauernden Diktaturen aufweisen. Die javanisch geprägte politische Philosophie und das Bestreben indonesischer Regierungen, Java auf Kosten anderer Regionen zu begünstigen, haben Unabhängigkeitsbewegungen im Allgemeinen sowie die in Aceh im Speziellen gestärkt.

3. Die Aceh-Politik der Regierung Megawati

Nach dem Zusammenbruch der Diktatur Suhartos – und dem damit zunächst verbundenen Ende der massiven Unterdrückung von Separationsbewegungen – formieren sich im Rahmen des Demokratisierungsprozesses regional ausgerichtete Widerstände gegen die indonesische Regierung zunehmend intensiv.¹⁴ In

¹³ Ibid., p. 42.

¹⁴ Dabei gibt es Unabhängigkeitsbewegungen keinesfalls nur in Aceh. Auch in West-Papua (Irian Jaya) und Ost-Timor (Letzteres konnte durch eine Art „Betriebsunfall“ in den ersten Jahren des Demokratisierungsprozesses tatsächlich die vollständige Unabhängigkeit von Indonesien erlangen) sind und waren derartige Tendenzen festzustellen. Im Vergleich Ost-Timors mit Aceh darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei ersterem um eine von Suharto 1975 völkerrechtswidrig zwangsannektierte Region handelte, die von den Vereinten Nationen nie als ein Teil Indonesiens anerkannt wurde. Eine vergleichbare Situation liegt in Aceh nicht vor.

diesem Zusammenhang schien sich diese Entwicklung zumindest in Aceh bereits seit 1989 anzukündigen, als Rebellenaktivitäten – möglicherweise auch aufgrund der zunehmenden Machteinbußen Suhartos – stetig zunahmen.

Während Abdurrahman Wahid, das erste demokratisch legitimierte Staatsoberhaupt Indonesiens, 1999 noch zu gewaltfreien Lösungen dieser Problematiken zu tendieren schien (auch, indem er den Einfluss des Militärs in der Politik zurückzudrängen suchte), setzt die aktuelle Regierung Megawatis zunehmend auf militärische Optionen. Dabei wird deutlich, dass insbesondere die Präsidentin ihren Handlungsweisen ein sehr enges Verständnis von einem indonesischen Einheitsstaat zu Grunde legt. So überrascht es wenig, dass bisherige Dezentralisierungsansätze halbherzig blieben und auch aus Sicht vieler peripherer Regionen kaum erfolgreich waren.¹⁵

Neben Sezessionsbewegungen auf den Molukken und in West-Papua kann insbesondere in der Region Aceh ein Spannungsfeld beobachtet werden, das spätestens seit dem 19. Mai 2003 eskalierte, als Megawati mit dem Gesetz Nr. 28/2003 die Militäroperation mit dem Namen „*Terpadu*“ in der Provinz Aceh anordnete. Nachdem vor allem aufgrund externen Drucks im August des Vorjahres eine bereits geplante Militäroffensive indonesischer Streitkräfte im wahren Sinne des Wortes in letzter Minute verhindert werden konnte, wurde dieses in Regierungskreisen und in großen Teilen des Militärs zu beobachtende Ansinnen nur neun Monate später nachgeholt. Präsidentin Megawati verhängte über Aceh das Kriegsrecht¹⁶ und entsandte rund 30.000 Soldaten in die Region, um abtrünnige Kräfte gewaltsam niederzuschlagen. Dabei wurde von Seiten der Regierung betont, das zuvor in Schlichtungsversuche involvierte Henri-Dunant-Zentrum mit Sitz in Genf habe sich zu Gunsten der Rebellengruppe GAM (*Gerakan Aceh Merdeka*) und ihres Anführers Hasan di Tiro parteiisch verhalten und weitere Verhandlungen seien aufgrund der Kompromisslosigkeit der nach Unabhängigkeit strebenden Acehnesen nicht mehr denkbar.

Bei eingehender Analyse des Konfliktmusters muss in diesem Zusammenhang jedoch eine Diskrepanz zwischen „offiziellen Begründungen“ und Tatsachen konstatiert werden. Obwohl die Rebellengruppe GAM eine nicht zu unterschätzende Mitschuld an der Eskalation des Konfliktes trägt und keinesfalls die Auffassung der Mehrheit der Acehnesen zu vertreten scheint¹⁷, sie im Krisenge-

¹⁵ Möglicherweise kündigt sich hier eine Verbesserung der Situation nach den Wahlen des Jahres 2004 an. Es wird diskutiert, die politische Vertretung der Regionen in Jakarta durch die Etablierung neuer Institutionen zu stärken.

¹⁶ Eine Folge der Verhängung des Kriegsrechtes besteht darin, dass die Befehlsgewalt von einem Zivilisten, dem Gouverneur der Region Aceh, auf den Kommandierenden der Streitkräfte der Region Aceh übertragen wurde. Sämtliche Entscheidungsbefugnisse liegen nun also in der Hand eines Militärangehörigen.

¹⁷ Gemäß verschiedener empirischer Erhebungen wird deutlich, dass zwar viele Acehnesen die Vorbehalte gegen die Zentralregierung in Jakarta teilen, sie zugleich aber

biet lebende Menschen z.T. massiv einschüchtern, um sie von einer Zusammenarbeit mit den indonesischen Streitkräften abzuhalten, muss das Verhalten der indonesischen Regierung als mit demokratisch strukturierten Verhaltensmustern inkompatibel eingestuft werden. Neben dem bereits angesprochenen Punkt der unter demokratisch-sozialen Bewertungskriterien inakzeptablen Vernachlässigung der Region Aceh durch die indonesische Regierung gilt es, folgende zwei Überlegungen zu berücksichtigen:

Erstens kann seit der Verhängung des Kriegsrechts für die Region Aceh eine spürbare Revidierung demokratischer Mechanismen durch die politische Elite Indonesiens festgestellt werden. Dies beinhaltet sowohl eine massive Einschränkung der Pressefreiheit¹⁸ als auch die damit verbundene z.T. bedenkliche Verschleierung bzw. Manipulation von Ereignissen und Resultaten der Militäroffensive. Die von der indonesischen Regierung angegebenen Verlustzahlen der Rebellen (nahezu 1.000 Tote und 1.000 Gefangene seit dem 19. Mai 2003) scheinen im Verhältnis zu denen indonesischer Soldaten (35 Gefallene) aufgrund der extremen Diskrepanz in Anbetracht der zahlreichen Angriffe der GAM aus Hinterhalten kaum der Realität zu entsprechen.¹⁹ Zuverlässige unabhängige Zahlen liegen in diesem Zusammenhang nicht vor; insbesondere auch, weil die Berichterstattung aus dem Krisengebiet von der indonesischen Regierung massiv eingeschränkt und Ausländern der Zutritt verboten wurde.²⁰

Zweitens verändert der Konflikt in Aceh die Machtrelationen zwischen demokratisch-zivilen Institutionen und den Streitkräften zugunsten des Militärs. Zahlreiche indonesische und ausländische Wissenschaftler gehen davon aus, dass TNI zu keinem Zeitpunkt ein wirkliches Interesse an einer friedlichen Lösung der Aceh-Problematik hatte und denkbare Kompromisse zwischen Regierung

jegliche Ausübung von Gewalt ablehnen. Trotzdem glaubt Rizal Sukma, Experte des CSIS, festzustellen, dass das Ansinnen vieler Acehnesen nach größerer oder gar vollständiger Unabhängigkeit von Jakarta seit Beginn des Demokratisierungsprozesses deutlich zugenommen habe (vgl.: Sukma, R. (o.J.): *Security Operations in Aceh, Patterns and Dynamics*; Washington D.C.).

¹⁸ So ermahnten beispielsweise Offiziere des indonesischen Militärs die Medien, „*GAM should not be glorified*“; Journalisten, die sich in Aceh aufhielten, „*should work within the framework of Unitary Republic of Indonesia*“ (zit. nach: Jakarta Post, 24. Mai 2003). Im Laufe des Konfliktes wurde darüber hinaus ausländischen Berichterstattern wiederholt der Zugang in die Region verweigert.

¹⁹ Angaben der indonesischen Regierung, zit. nach: Jakarta Post, 20.9.03: *GAM's strength reduced*: Endriartono.

²⁰ Ein Grund dafür, dass scharfer Protest westlicher Demokratien gegen ein solches Verhalten weitestgehend ausbleibt, mag darin zu suchen sein, dass die indonesische Regierung die Offensive auch als „ihren Beitrag“ zum Kampf gegen islamischen Fundamentalismus beschreibt.

und Rebellen bewusst sabotierte.²¹ Vielmehr sei der Konflikt gezielt zur Eskalation geführt worden, um Politik und Gesellschaft zu demonstrieren, dass es auch nach Ende der *Orde Baru* noch immer das Militär sei, das einzig und allein die im dritten Punkt der Staatsphilosophie *Pancasila* manifestierte „territoriale Einheit Indonesiens“ (*Persatuan Indonesia*) gewährleisten könne.²² Hierbei wird deutlich, dass der Einfluss der Führungskader der indonesischen Streitkräfte seit Beginn der Präsidentschaft Megawatis deutlich zugenommen hat. Dies liegt zum einen in der ähnlichen politischen Philosophie dieser beiden Akteure begründet, die der sog. nationalistischen Strömung zuzuordnen sind.²³ Zum anderen ist das Fehlen ausgeprägter ziviler Strukturen für die wieder zunehmende Machtposition des Militärs verantwortlich. Beispielsweise scheint TNI nach wie vor und trotz erster zaghafter Dezentralisierungsversuche der einzige Akteur in Indonesien zu sein, der Macht bzw. Kontrolle in sämtlichen vertikalen Ebenen gleichzeitig ausüben kann – mit anderen Worten: Gerade in den zahlreichen entlegenen Gebieten des riesigen Inselstaates ist der Einfluss der Streitkräfte bei weitem größer als der ziviler Institutionen. Dieser Sachverhalt in Verbindung mit dem hohen Maß an Wohlwollen und machtpolitischer Verbundenheit der aktuellen indonesischen Regierung mit dem Militär führt de facto dazu, dass die indonesischen Streitkräfte über eine absolute, kaum kontrollierbare Macht in Aceh verfügen. Folge dieser Entwicklung sind zahlreiche Menschenrechtsverletzungen,

²¹ Rizal Sukma bemerkt dazu: „*Many military officers were in fact opposed to the government’s policy of negotiating with the GAM and privately expressed their resentments against the ‘Humanitarian Pause’ agreement. Senior military figures were of the opinion that making peace with pro-independence rebels was a step backwards for the country. ... Indeed, the government initiatives to find a negotiated political settlement did not receive enthusiastic support from the military and police leadership. In fact, the TNI publicly showed its opposition to the president’s initiative.*“ (Sukma, R. (o.J.): Security Operations in Aceh, Patterns and Dynamics; Washington D.C., p. 14)

²² Auch wird in diesem Zusammenhang vielfach darauf hingewiesen, dass das indonesische Militär aufgrund seiner Involvierung in kriminelle Machenschaften (Waffenhandel, Schutzgelderpressung etc.) von militant ausgetragenen regionalen Konflikten finanziell profitiert (vgl. dazu u.a.: Holloway, R. 2002: *Stealing from the people, Book 2: The big feast: Soldier, Judge, Banker, Civil Servant*; Jakarta; auch: Kontras (eds.) 2002: *Human Rights Stagnation. 2001 annual report on human rights condition in Indonesia*; o.O.). Dies erlangt eine besondere Gewichtung, wenn berücksichtigt wird, dass das indonesische Militär nur zu etwa einem Viertel durch den Staatset finanziert wird. Die übrigen drei Viertel müssen die Streitkräfte selbst erwirtschaften, z.B. durch die Profite eigener Unternehmen. In Expertenkreisen gilt als sicher, dass beachtliche Summen auch aus illegalen Quellen resultieren.

²³ Vgl. zu den unterschiedlichen Strömungen in Indonesien auch: Schuck, C. 2002: *Islam und Demokratie in Indonesien*; in: *WeltTrends*, Nr. 37, Winter 2002/03; Potsdam, S. 111.

Vergeltungsschläge und Gesetzlosigkeiten in der Krisenregion, gegen die die Regierung nur äußerst zurückhaltend vorgeht.

4. Zusammenfassung und Fazit

Werden die oben ausgearbeiteten Argumente zusammengefasst, kann Folgendes konstatiert werden:

- Die Wurzeln des Konfliktes in Aceh sind nicht dem Demokratisierungsprozess zuzuordnen, sondern der autoritären Vergangenheit. Die mit der Systemtransformation einher gehenden Liberalisierungen trugen dazu bei, dass die Sezessionsbewegung nun verstärkt in Erscheinung treten konnte.
- Die militärische Reaktion der indonesischen Regierung unter Präsidentin Megawati auf die Unabhängigkeitsbestrebungen Acehs muss als im hohen Maße kontraproduktiv eingestuft werden – dieser Konflikt wird sich mit Waffengewalt weder kurz- noch langfristig lösen lassen.
- Für den indonesischen Demokratisierungsprozess bedeutet die Entscheidung, die Unabhängigkeitsbewegung mit Waffengewalt niederschlagen zu wollen, einen erheblichen Rückschritt, der eine mögliche positive Konsolidierung (Wolfgang Merkel) der bisherigen Demokratisierungsbemühungen spürbar verzögern oder – im schlimmsten Fall – sogar dauerhaft blockieren wird.

Die kulturelle und religiöse Vielfalt der Menschen Indonesiens und die ungleiche Verteilung von Ressourcen innerhalb des Landes führte bis in die Gegenwart wiederholt zu innerstaatlichen Konflikten und Sezessionsbewegungen. Während der autoritären, 32 Jahre andauernden Phase unter Suharto wurde diesen Unruhen nahezu ausschließlich mit dem Einsatz massiver Waffengewalt begegnet. Dieser Strategie, die bei aller moralischer Entrüstung zumindest noch als solche bezeichnet werden konnte, folgte die Konzeptlosigkeit der Nachfolgeregierungen. Abdurrahman Wahids Ansatz, regionale Konflikte durch den politischen Dialog zu entschärfen, wurde schon kurze Zeit später von Kräften des Militärs systematisch blockiert. Das massive Einwirken auf politische Konstellationen durch die Streitkräfte zeigte sich im Folgenden dann auch als für Wahids erzwungenen Rücktritt hauptverantwortlich. Megawati Sukarnoputri, Tochter des Staatsgründers Sukarno, den Streitkräften nahe stehende Politikerin des nationalistischen Lagers und Nachfolgerin Wahids, schien von Beginn an eine militärische Lösung der Aceh-Problematik zu bevorzugen. Vor allem durch externen Druck fanden bis Anfang 2003 in dieser Frage noch Verhandlungen zwischen der indonesischen Regierung und der GAM statt, deren Scheitern jedoch kaum überraschte. Am 19. Mai 2003 wurde das Kriebsrecht über Aceh verhängt und der Versuch unternommen, die Separationsbewegung gewaltsam niederzuschlagen.

Nachdem nun rund sechs Monate seit Beginn der Offensive vergangen sind, gibt es ein ernüchterndes Fazit: Der Konflikt dauert noch immer an, die Stabilität

der Region hat eher ab- als zugenommen, die Gewaltspirale erreicht immer neue Höhepunkte, Menschenrechtsverbrechen werden von beiden Konfliktparteien verübt, die Vorbehalte der Acehnesen gegen die indonesische Zentralregierung haben zugenommen, der noch immer sehr fragile Demokratisierungsprozess erleidet Schaden und eine Lösung der Problematik ist nicht abzusehen, da schlüssige Konzepte der indonesischen Regierung fehlen. Somit müssen die im Rahmen der Vorbetrachtungen zu diesem Beitrag diskutierten Demokratiekr Kriterien – rechtsstaatliche Verhaltensmethoden der Staatsorgane, effiziente Eingliederung des Militärs in zivile Strukturen und ein Mindestmaß an sozialer Verantwortung des Staates gegenüber seinen Einwohnern – im Hinblick auf Aceh als stark defizitär eingestuft werden; eine Einschätzung, der wohl auch Giovanni Sartori trotz seiner Vorbehalte bezüglich der wörtlichen Übersetzung des Demokratiebegriffs zustimmen würde.

Wie könnte sich nun eine Lösung der Aceh-Problematik gestalten? Erstens ist als Grundvoraussetzung in pro-indonesischen Kreisen die Einsicht notwendig, dass der Wunsch der Acehnesen nach mehr Unabhängigkeit nicht mit militärischen Mitteln unterdrückt werden kann. Aus dieser Einschätzung müsste zweitens ein schlüssiger und verbindlicher Zeitplan für einen Rückzug des Militärs aus der Krisenregion resultieren. Drittens – und dies scheint in einem längerfristigen Kontext der nahezu einzige wirklich viel versprechende Lösungsansatz zu sein – muss in Indonesien die regionale Gerechtigkeit verstärkt werden. Dazu ist ein Bruch mit einer jahrzehntelangen Tradition notwendig, Java auf Kosten der peripheren Inseln gezielt zu bevorzugen. Ergebnis eines solchen Konzeptes müssten zum einen stärkere – und vor allem effizientere – politische Partizipationsmöglichkeiten der Acehnesen an den Institutionen Jakartas sein. Zum anderen müsste die Zentralregierung deutliche Signale setzen und materielle Leistungen nach Aceh transferieren – um so mehr, als Aceh selbst, wie an anderer Stelle bereits erwähnt, über zahlreiche Rohstoffe verfügt, von denen das restliche Indonesien profitiert. Neben der Verkehrsinfrastruktur sind wesentliche Verbesserungen im Bildungssektor²⁴ und der medizinischen Versorgung vonnöten.

Auch wenn die gegenwärtige Regierung Indonesiens nicht in der Lage oder Willens zu sein scheint, ihren vermeintlich „gerechten Krieg“ in Aceh zu stoppen und zum Verhandlungstisch zurückzukehren, geben zumindest zwei Komponenten Anlass zur Hoffnung: Bereits 2004 finden in Indonesien Wahlen statt, die die Zusammensetzung der Regierung verändern könnten. Zum anderen – und das ist vielleicht der wichtigste Punkt – scheint die überwältigende Mehrheit der Acehnesen vor allem den Wunsch zu haben, den gewaltsam ausgetragenen Konflikt zu beenden. Die zahlreichen Demonstrationen in den vergangenen

²⁴ Eine Verbesserung staatlicher Bildungsangebote könnte einen wesentlichen Beitrag leisten, politischem und religiösem Extremismus – der z.T. aus privat finanzierten Schulen resultiert – entgegen zu wirken.

Wochen und Monaten verdeutlichen, dass für die dort lebenden Menschen die Kompromissformel, die zur Beendigung des Konfliktes führt, zunächst sekundär zu sein scheint. Das Entscheidende sei, so die verbreitete Auffassung, dass die Waffen auf beiden Seiten schnellstmöglich schweigen. In einem Staat, der als Demokratie gelten möchte und sich so zu einer Staatsform bekennt, in der das Wohlergehen des Volkes im Mittelpunkt stehen sollte, ist eine Beendigung der Militäroffensive in Aceh überfällig. Fünf Jahre nach dem Niedergang der Diktatur in Indonesien liegt es nun im Verantwortungsbereich der durch weitestgehend freie Wahlen legitimierten politischen Führung Indonesiens, mit Traditionen der autoritären Vergangenheit nachhaltig zu brechen und das Wohlergehen der Menschen sämtlicher Gebiete zu berücksichtigen: Regionalen Autonomiebewegungen mit Waffengewalt zu begegnen ist mit demokratischen Konzepten nicht kompatibel.

Potsdamer Textbücher

PTB ... eine Buchreihe für Lernende und Lehrende an Hoch- und Fachschulen und für alle, die sich für internationale Politik und vergleichende Länderstudien interessieren

Raimund Krämer (Hg.)

Regionen in der Europäischen Union

ISBN: 3-931703-27-4

Jochen Franzke (Hg.)

Polen. Staat und Gesellschaft

ISBN: 3-931703-28-2

Renate Schmidt (Hg.)

Naher Osten. Politik und Gesellschaft

ISBN: 3-931703-29-0

Juan Linz

Totalitäre und autoritäre Regime (2. Auflage!)

Herausgegeben von Raimund Krämer

ISBN: 3-931703-88-6

Christiane Büchner/Jochen Franzke (Hg.)

Kommunale Selbstverwaltung

ISBN: 3-931703-44-4

Christian Boulanger (Hg.)

Recht in der Transformation

ISBN: 3-931703-46-0

Erhard Crome, Jochen Franzke und

Raimund Krämer (Hg.)

Die verschwundene Diplomatie

ISBN: 3-931703-87-8

Jochen Franzke (Hg.)

Das moderne Polen

ISBN: 3-936382-26-3

Bestellungen bei der Redaktion *WeltTrends*,
wt@rz.uni-potsdam.de